



**Cord Bockhop**  
Landrat  
des Landkreises Diepholz

Herrn  
Werner Focke  
Zukunftswerkstatt Sulingen

Diepholz, 11. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Focke,  
sehr geehrte Damen und Herren der Zukunftswerkstatt Sulingen,

Ihr offener Brief erreichte mich am 10. Juni 2015 abends per E-Mail.

Ihren Fragen vorangestellt haben Sie, dass Sie sich um die Zukunft der Krankenhäuser im Landkreis Diepholz sorgen. Hierzu darf ich zunächst anmerken, dass die Sorge der Verantwortlichen im Landkreis Diepholz vorangegangen ist und hieraus der Auftrag entwickelt wurde, eine Neuordnung zu schaffen, die zu einer deutlich verbesserten Struktur führen soll und so aktuell drängende Fragestellungen und Probleme Antworten gibt.

Dieses von Gutachten, Geschäftsführung und anderen Fachleuten begleitete Verfahren hat nunmehr Zwischenergebnisse herbeigeführt, die ich bekanntgegeben habe. Alle Fragen konnten noch nicht beantwortet werden. Es wird unter Hochdruck daran gearbeitet und dabei das zeitliche Ziel im Auge behalten! Gerade eine enge zeitliche Abfolge mit einer zeitnahen abschließenden Entscheidung ist nach Angaben aller Fachleute und insbesondere auch der Mitarbeiter wichtig, um zu verhindern, dass aufgrund von Verunsicherung oder Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft aktuelle Probleme entstehen oder sich verschärfen, die eine nicht mehr umkehrbare Faktenlage schaffen und eine Umsetzung eines Zukunftsszenarios verhindern würden.

Die Ihren Fragen vorausgehende Zusammenfassung, dass das Sulinger Krankenhaus aus dem vom Landkreis beauftragten Gutachten als starkes Haus hervorgeht, fasst das umfassende und differenzierte Gutachten leider nicht richtig zusammen. Dies gilt auch für Ihre Einschätzung zu den aktuellen Planungen. Insbesondere die Thematik Orthopädie oder Geriatrie sind ebenso Ausfluss aus dem Gutachten wie die Tatsache, dass der Standort Sulingen überhaupt erhalten wird!

Die Veränderungen am Standort Sulingen hängen auch nicht nur mit dem Standort zusammen. Hier zeigt sich, dass eine reine standortbezogene Argumentation eben nur die Belange des „Kirchturms“ berücksichtigt, jedoch nicht die komplexen Zusammenhänge unseres Gesundheitssystems. Veränderungen am Standort Sulingen wurden daher auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem Gutachten sowie der Kenntnisse der Geschäftsführung entwickelt. Darüber hinaus hat der Kreistag aber gerade nicht nur beschlossen ein (theoretisches) Konzept zu entwickeln, sondern vielmehr ein umsetzbares Konzept. Insoweit war es wichtig, auch die Aussagen aus den Gesprächen mit Nachbarkrankenhäusern oder auch z.B. dem Land einfließen zu lassen.

Es bleibt daher bei den Ergebnissen des Gutachtens. Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse des Gutachtens in öffentlicher Kreistagssitzung hat der Kreistag aber auch beschlossen, weitergehende Prüfaufträge zu erteilen, die insbesondere die konkrete Umsetzung eines Szenarios betreffen. Dies heißt zur Zeit, dass intensiv gerechnet und geprüft wird. Denn neben der Frage der Gesundheitsversorgung wurde auch bei der Frage der Umsetzbarkeit und der Umsetzung die Frage der Mitarbeiter bzw. des Fachkräfteeinsatzes erörtert und eingebracht. Neben dem allgemeinen Fachkräftemangel möchte ich an dieser Stelle insbesondere auf die Situation der ärztlichen Versorgung hinweisen!

Wie oben ausgeführt fehlen die Konsequenzen der Zielkonzeption noch insoweit als noch an verschiedenen Stellen gerechnet und geprüft werden muss. Insbesondere die Fragestellung, ob die Krankenkassen die Kosten, die auch durch dieses Konzepts zusätzlich entstehen, auch übernehmen werden, ist noch nicht abschließend beantwortet. Da es also auch noch ein endgültiges Konzept gibt und insbesondere noch nicht alle Detailfragen oder gar alle Zahlen gerechnet sind, kann auch keine Zustimmung der Kreistagsabgeordneten oder Bürgermeister gegeben haben. Entsprechend aber auch wohl keine Aufschreie.

Auch wenn Veränderungen selten gerne gesehen sind, müssen wir feststellen, dass sich nicht nur in der Gesundheitsversorgung, sondern auch in unseren Innenstädten oder in unseren Kaufhäusern einiges geändert hat. Das Verhalten der Bürger bei der Abfrage von Leistungen, die Standards, die Geschwindigkeit und vieles mehr entsprechen nicht mehr den aktuellen Anforderungen.

Gerade von Volksvertretern muss daher genauso wie von anderen Verantwortlichen erwartet werden, dass nicht nur Wünsche geäußert oder Emotionen formuliert werden, sondern Verantwortung übernommen wird. Diese Verantwortung wird den Kreistagsabgeordneten mit ihrer Entscheidung zu einem Zukunftskonzept auch abverlangt. Ausgehend von der Tatsache, dass die aktuelle Struktur keine Zukunft hat, wäre die Ablehnung eines Zielkonzeptes zwar eine Antwort, jedoch noch nicht die Lösung des Problems.

Auch der heute in unseren lokalen Medien zu lesenden Vorschlag, ein neues Zentralkrankenhaus zu eröffnen, ist schon im Gutachten abgearbeitet worden. Rückmeldungen des Landes gab es hierzu im Regionalgespräch auch durch Herrn Staatssekretär Röhmann. Wie weit die Wunschvorstellungen gehen, zeigt auch ein heutiger Leserbrief, der in Anbetracht einer Geburt in der Stadt Diepholz, bei der die werdende Mutter nichts von ihrer Schwangerschaft bemerkt hatte, nunmehr aus diesem Beispiel heraus eine Geburtshilfe in Diepholz gefordert wird.

Die Schließung der Geburtshilfe im Landkreis Diepholz war ein schwieriger Einschnitt in der Gesundheitsversorgung des Landkreises. Tatsächlich war es aber keine aktive Entscheidung der Verantwortlichen der Kreispolitik, sondern die Kenntnisnahme der Tatsache, dass es keine ausreichende ärztliche Versorgung für die Erhaltung der Geburtshilfe in Bassum mehr gab.

Gerade im Zusammenhang mit der Thematik Gesundheitsversorgung hat sich der Kreistag in den vergangenen drei Jahren intensiv in jeder Kreisausschusssitzung, und damit circa alle zwei bis drei Wochen, beschäftigt. Neben den Krankenhäusern ging es um niedergelassene Ärzte und inzwischen auch um den Pflegebereich. Ein Grund, warum es wenig Aufschreie gibt, ist daher sicherlich, dass unsere Volksvertreter im Kreistag im Thema sind und sachlich mit den Zusammenhängen umgehen können.

Die von Ihnen angesprochenen Finanzen sind für 60 % der niedersächsischen Krankenhäuser ein schwieriges Thema. Denn so groß ist der Teil der Krankenhäuser, die in Niedersachsen ein Defizit „erwirtschaften“. Würden wir in Niedersachsen die gleichen Fallpauschalen bekommen wie in Rheinland-Pfalz, hätten wir in den vergangenen Jahren keine wirtschaftlichen Probleme gehabt. Doch die finanziellen Probleme sind Ausfluss der dahinter liegenden Struktur. Das Fehlen eines einzelnen Chefarztes kann bereits zu einer solchen wirtschaftlichen Schieflage führen, weil die übrigen Kosten weiterlaufen, aber keine Einnahmen durch entsprechende Behandlungen erzielt werden können. Vielleicht hilft eine detaillierte Information über Ursachen, jedoch könnten detaillierte Informationen, insbesondere auch zu einem Beispiel wie ich es oben dargestellt habe, dazu führen, dass dies sehr kontraproduktiv wirkt.

Allgemein ist es so, dass ein finanzieller Ausgleich innerhalb eines Verbundes immer wieder vorkommt. Bisher waren daher auch nicht vorübergehende Defizite einzelner Standorte Anlass für die Begutachtung und Diskussion über die Gesundheitsversorgung im Landkreis Diepholz. Es ist das vorrangige Fehlen von Ärzten, die Kleingliederigkeit von Abteilungen mit einer hohen Belastung bei den Ärzten und anderen in diesem Zusammenhang zu nennenden Dingen sowie daraus resultierender Gesamtdefizite an allen Standorten, die eine Neuordnung erforderlich machen, da es sich nicht mehr nur um vorübergehende Probleme handelt. Insoweit können gerade kleinere Standorte mit erheblichen Problemen in der Ärzteversorgung sich über einen aushelfenden Verbund freuen.

Die Beratungen und Entscheidungen des Kreistages in dieser Sache erfolgen in öffentlicher Sitzung. Aktuelle Sachstände versuche ich zusammen mit dem Kreistag zeitnah gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Ausdrücklich muss ich darauf hinweisen, dass die Öffentlichkeit nicht nur die Standortkommunen betrifft.

Ihr Wunsch nach einer Informationsveranstaltung ist für mich nachvollziehbar, jedoch kaum umsetzbar. Neben verschiedenen Parteien gab es bereits Einladungen von Stadträten usw.. Dies ist in Anbetracht des kurzen Zeithorizontes so nicht mehr gleichwertig zu leisten. Wir werden daher die Verantwortlichen und auch die Öffentlichkeit immer dann informieren, wenn wir wieder belastbare Informationen haben. Hierbei werden wir neben den Bürgermeistern auch die Fraktionsvorsitzenden oder bei den Standortkommunen sogar die Stadträte einbeziehen.

Abschließend möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die in der Überschrift Ihres Schreibens verwendete „drohende Versorgungslücke“ in der Notfallmedizin im Landkreis Diepholz sich in Ihren Fragen eben nicht niederschlägt. Der Landkreis Diepholz und alle im Kreistag vertretenen Personen werden ebenso wie die Verwaltung dafür Sorge tragen, dass eine solche Versorgung auch zukünftig für den Landkreis Diepholz gewährleistet ist. Dies entspricht auch den Vorgaben des Landes, das uns auf unserem Weg begleitet.

Ich wünsche der Zukunftswerkstatt Sulingen bei ihrer weiteren Arbeit viel Erfolg zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Sulingen, des Sulinger Landes und des Landkreises Diepholz.

Mit freundlichen Grüßen



C. Bockhop